



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

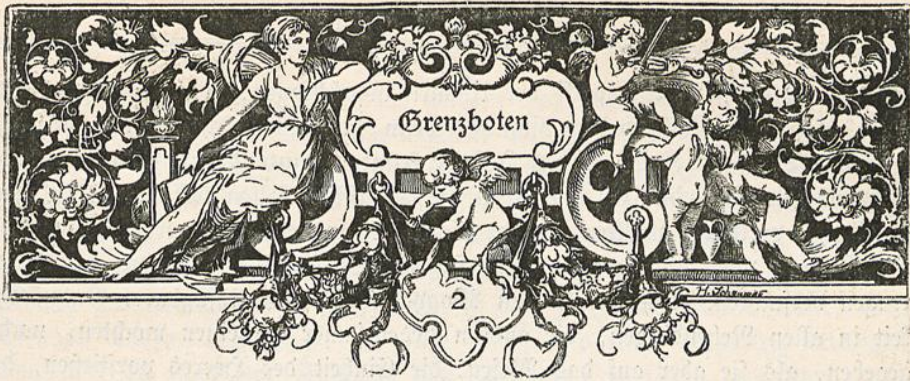
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Geyer, Albin: Der Armeekonflikt in Ungarn

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Armeekonflikt in Ungarn

Von Albin Geyer



Ein Großstaat überhaupt eine dualistische Gestaltung auf die Dauer verträgt, ist mindestens zweifelhaft, geschichtliche Beispiele liegen darüber nicht vor. Der dualistische Einfluß Österreichs und Preußens im Deutschen Bunde hat mit dem Ausschluß des einen durch den andern geendet; aber ein dualistischer Staat war der Deutsche Bund eigentlich nicht und kann darum nicht als Beispiel gelten, höchstens insoweit, als auch er dargetan hat, daß die einigenden Glieder zur Einigung, die andern zur Scheidung, beide also zur Aufhebung des Dualismus drängen. Die gegenwärtige Krisis, in deren Nachwehen die habsburgische Monarchie noch jetzt liegt, war die schwerste, die der schon so oft und viel geprüfte Kaiser Franz Joseph seit der verhängnisvollen Schaffung des österreichisch-ungarischen Dualismus zu überwinden gehabt hat. Und der Kaiser stand dabei nahezu allein, gestützt höchstens auf altbewährte Staatseinrichtungen, wie das Heer, auf alte Beamtentraditionen und die Imponderabilien, die die Geschichte eines alten Staatswesens mit sich bringt. Bei seinen Völkern fand er keine Unterstützung. Die Deutschösterreicher kennen ihre Geschichte nicht und verstehen darum nicht ihre Stellung im Staate. Auch als es sich um die Einheit der Armee handelte, wußten sie keinen festen Standpunkt zu gewinnen und fielen aus einer kleinmütigen Stimmung in die andre, sogar der denkwürdige Armeebefehl von Chlopy vermochte sie nicht aufzurütteln. Die ungarischen Parteien waren dagegen über das nächste Ziel ihrer Bestrebungen einig. Das staatsrechtliche Band, das sie mit Österreich vereinigt, sollte so weit gelockert werden, daß nur noch die reine Personalunion übrig blieb, und unverblümt deuteten sie auch an, daß die völlige Trennung von Österreich, ein selbständiges Ungarn, ihr Endziel ist. Jetzt handelte es sich für sie um den ersten Schritt zur Erreichung einer eignen ungarischen Armee, und sie hatten es damit eilig, denn sie sprachen es offen aus, noch so lange Kaiser Franz Joseph lebe, müsse diese Forderung durchgesetzt werden. Sehr ritterlich! Die Tschechen und die Allpolen freuten sich über die Ansprüche und die Kampfweise der Magyaren, und nur aus dem Lager der polnischen Schlachta wagte sich ein schwacher Protest gegen die Trennung der Armee an die Öffent-

lichkeit. Jetzt ist der Angriff der Ungarn abgeschlagen; was noch geschieht, läuft bloß auf Nachgefechte hinaus, wenn sie auch noch Verluste bringen mögen. Wer den Kaiser Franz Joseph kennt, konnte über diesen Ausgang nicht im Zweifel sein. Er hat 1879 die Deutschen fallen lassen, als sie ihm die Armee verkürzen wollten, er hat die später so verhätschelten Tschechen vor vier Jahren von sich gewiesen, als sie den Sprachenstreit in die Armee zu tragen versuchten, er hat wohl den Magyaren in ganz unsagbarer Gutmütigkeit in allen Nebendingen, die andern bedeutsamer erscheinen mochten, nachgegeben, als sie aber auf das Wesen, die Einheit des Heeres vorstießen, da trafen sie auf sein unerschütterliches Nein!

Warum eigentlich Koloman Szell im vergangenen Juni seine Entlassung genommen hatte, ist bisher noch nicht aufgeklärt worden. Wahrscheinlich ist dieser Schritt auf Drängen der Krone selbst erfolgt, da er sich der Opposition im Reichstage gegenüber als machtlos erwiesen hatte. Herr von Szell mag es vielleicht beim Antritt seiner Regierung gut und ehrlich gemeint haben, aber sein Rücktritt wurde doch wie eine Erlösung von dem seit vier Jahren immer mehr zunehmenden innern Drucke und von der allgemeinen Verzerrung des politischen Lebens empfunden. Dieses Gefühl war namentlich im südlichen Ungarn lebendig, wo seit der Einführung des Dualismus noch keine Regierung soviel Unheil angestiftet hatte wie das Ministerium Szell, unter dem Deutsche, Rumänen und Serben die ganze Wucht des chauvinistischen Magyarentums ertragen mußten, während die Kroaten schließlich mehrfach zur Selbsthilfe schritten. Die „reinen Wahlen“ waren nur eine Komödie, und in allen Verwaltungszweigen hatte sich eine wahre Paschawirtschaft entwickelt, auch die Gerichte mußten sich in politischen und Prozeßprozessen nach den Weisungen der obersten Komitatsbehörde oder sogar aus Budapest richten. Das war alles die Folge der Verschmelzung der Nationalpartei des Grafen Apponyi mit der seitherigen liberalen Partei, die auch das Verhängnis Szells wurde. Statt Führer und Herr einer großen Partei zu sein, wurde Koloman Szell vom Grafen Apponyi geschoben und beherrscht. Er ließ es zu, daß der Graf in Südungarn Hekreiseln unternahm und die dem Herrscherhause treu ergebene deutsche Bevölkerung beschimpfte. Herr von Szell duldete es, daß infolgedessen durchaus patriotische Männer, die nur für die Erhaltung ihrer Muttersprache eintraten, verfolgt und in den Kerker geworfen wurden. Unter Szells Regierung wurde es üblich, das „Gott erhalte“ öffentlich zu verspotten und als „Henkerlied“ zu bezeichnen, und in den Volksschulen wurde das Aussprechen des Wortes „Kaiser“ statt König mit Stockschlägen bedroht und auch bestraft. Graf Apponyi und seine Richtung herrschten im Lande, und Szell ließ bloß den Namen dazu. Es war die höchste Zeit, daß er verschwand, und er wäre wohl auch schon längst entlassen worden, wenn man einen geeigneten Mann als Stellvertreter gewußt hätte. Der Einzige, der für die Krone ernstlich in Frage kommen konnte, war der Banus von Kroatien, Graf Rhuen-Hedervary, der zwar der liberalen ungarischen Partei angehörte, bei ihr aber unbeliebt war und bei der damaligen Stimmung von ihr nicht als Ministerpräsident geduldet worden wäre. Er sollte schon früher einmal, als das Ministerium

Wekerle in Konflikt mit der Krone geraten war und abtreten mußte, die Geschäfte übernehmen und Ordnung machen, aber die liberale Partei lehnte ihn ab, und die Krone mußte noch einmal auf Wekerle zurückgreifen, weil sie sich damals nicht entschließen konnte, den Verfassungskampf aufzunehmen.

Jetzt lagen die Dinge anders, die Einheit der Armee stand in Frage, da war der Kaiser entschlossen, dem Konflikt nicht auszuweichen. Mit der Neubildung des Ministeriums wurde zunächst der jetzige Ministerpräsident, Graf Stephan Tisza, beauftragt; er sollte die Wehrevorlage rechtzeitig erledigen, ohne aber die schon von Koloman von Szell der Opposition gemachten nationalen Zugeständnisse zu vermehren. Die Opposition nahm seine Berufung mit Entrüstung auf, denn er hatte schon wiederholt in der Wehrdebatte die Obstruktion verurteilt und schärferes Vorgehen gegen sie empfohlen. Das war erwartet worden und konnte Tisza ebensowenig entmutigen, wie es der Austritt der Apponyigruppe aus der liberalen Partei getan hätte, damit mußte man auch rechnen; die Obstruktion verlangte ja bloß laut und lärmend das, was Apponyi und seine Leibgarde im Innern selbst wünschten und mehr oder weniger heimlich unterstützten. Den eigentlich unüberwindlichen Widerstand fand aber Tisza bei seinen eignen Parteigenossen, der ehemaligen liberalen Partei. Wekerle lehnte ab, das Finanzministerium zu übernehmen, nachdem er sich in einer Audienz beim Monarchen überzeugt hatte, daß dieser in der Wehrfrage nicht nachgeben würde. Darauf war ja aber die stille Hoffnung der liberalen Partei gerichtet; im Verlaufe der Zeit war die große Mehrheit der Altliberalen in dem Wunsche einig geworden, daß die Krone nachgeben werde und müsse. Auch die sogenannte Grafenpartei, die überhaupt keine wirksame Vertretung der Kronrechte wünscht, weil sie gleich der englischen Hocharistokratie im Lande herrschen und das Königtum nur zum Schutz und Deckmantel dieser Stellung beibehalten möchte, verhielt sich ablehnend; Graf Julius Andrássy noch besonders verstimmt darüber, daß der Kaiser nach dem Rücktritte Szells nicht auch seine Meinung eingeholt hatte. Die liberale Partei war unter dem Regime Szell politisch gänzlich zerfahren, und es mußten neue Ereignisse kommen, sie wieder zusammenzurütteln. Dem Grafen Tisza blieb aber unter diesen Umständen nichts übrig, als nach Wien zu fahren und dem Kaiser den Auftrag zur Bildung des Ministeriums zurückzugeben.

Nun erst kam Graf Khuen-Hedervary, und gewissen Leuten in der liberalen Partei ging ein Licht auf, wie sehr es diesmal der Krone ernst war, weil ihr gar nicht hätte verborgen bleiben können, daß die Mehrheit des ungarischen Abgeordnetenhauses, wie schon so oft, mit der Opposition unter einer Decke gespielt hatte. Nach oben hin hatte man zwar vorzuspiegeln gesucht, daß die wenig lebenswürdige Persönlichkeit des Grafen Stephan Tisza — er ist heute der von der ganzen Mehrheit unterstützte Ministerpräsident — allein schuld sei, wenn er kein Ministerium zusammengebracht habe, zugleich gestanden aber die liberalen ungarischen Blätter offen zu, daß das Ministerium Tisza nur darum gescheitert sei, weil es die Wehrevorlage ohne neue nationale Zugeständnisse habe durchsetzen wollen. Das wußte man längst, und darum kam eben Khuen, denn seine Person bedeutete die schärfere Tonart. Man hatte in

liberalen Kreisen merkwürdigerweise nur noch auf die Berufung Weyerles gehofft, nachdem man einen flüchtigen Plan, ein Ministerium: Tisza, Apponyi, Weyerle als zu sinnwidrig in der Presse rasch wieder hatte fallen lassen. Die alte liberale Partei begriff nun die Sachlage schnell, machte gute Miene zum bösen Spiel und beschloß am 20. Juni, daß sie für „die Bildung einer entschieden liberalen und an dem Artikel 12 des Gesetzes vom Jahre 1867 in einer jede Zweideutigkeit ausschließenden Weise treu festhaltenden Regierung eine verlässliche Grundlage und einen Stützpunkt bieten werde.“

Dieser Beschluß kam der Stellungnahme der Krone so weit wie möglich entgegen und schloß auch die Mitwirkung der andern Gruppen der großen liberalen Partei nicht aus. Freilich, Graf Khuen war ihnen unangenehm, jetzt hätten sie doch lieber den Grafen Tisza an seiner Stelle gesehen; aber den günstigen Augenblick dafür hatten sie verpaßt. Die Opposition kündigte selbstverständlich dem Grafen Khuen den erbittertsten Widerstand an und erklärte, sie halte sich nicht mehr an die Ermäßigung ihrer Forderungen gebunden, die seinerzeit Franz Kossuth dem Ministerpräsidenten von Szell zugestanden habe. Am 21. Juni fand unter dem Vorsitz des Kaisers Franz Joseph in der Wiener Hofburg ein zweistündiger Ministerrat statt, der „militärischen Besprechungen“ galt, und an dem außer den gemeinsamen Ministern der Ministerpräsident von Körber, Graf Khuen, der österreichische Landesverteidigungsminister Graf Belfersheimb und der Konvedminister Baron Fejervary teilnahmen. Abends reisten Graf Khuen und Baron Fejervary nach Budapest zu Verhandlungen ab. Es hieß, Graf Khuen beabsichtige, zunächst die Arbeitsfähigkeit des ungarischen Abgeordnetenhauses wieder herzustellen, aber ohne Verschärfung der Geschäftsordnung. Wie das gemeint war, wurde bald bekannt. Er hatte zunächst Besprechungen mit den Parteiführern der Linken und verhandelte dann mit der Unabhängigkeitspartei auf Grund eines frühern Antrags des Abgeordneten Franz Kossuth, wonach die Wehrvorlage zurückgezogen, dafür aber das bisherige Kontingent und außerdem die Einziehung von 5900 Mann für die Neuformation der Artillerie bewilligt werden sollten. Die Blätter der Unabhängigkeitspartei äußerten sich sehr entgegenkommend, doch der radikale Flügel der Partei bestand auf der Zurückziehung des Kossuthschen Antrags und wollte also den Grafen Khuen ebenso behandeln wie früher Koloman von Szell. Schließlich ließ der neue Ministerpräsident auch noch die Bewilligung der Mannschaften für die Artillerie fallen, und damit schien die Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses gesichert zu sein.

Auf diese Art der Lösung der Krisis war man nirgends vorbereitet, und man bezeichnete sie allgemein als eine Kapitulation der Krone vor der Unabhängigkeitspartei. Man hielt es wohl für wahrscheinlich, daß Graf Khuen mit der Partei Abmachungen über die Erneuerung des Ausgleichs getroffen habe, wodurch die wirtschaftliche Gemeinsamkeit der beiden Reichshälften auf die nächsten zehn Jahre gesichert worden wäre, aber die Armeefrage erschien dadurch vertagt, über sie wenigstens ein Waffenstillstand bis zum Herbst abgeschlossen zu sein. Denn für den Herbst stand ohne Zweifel in Aussicht, daß die Wehrvorlage wieder eingebracht würde, und daß die Regierung bloß nach-

gegeben hatte, um die heikle Frage der nationalen Zugeständnisse zu umgehen, ohne sich aber für die Zukunft zu binden. Dagegen hatte die Opposition erklärt, daß sie sich für ihre nationalen Forderungen vollkommen freie Hand vorbehalte, wenn die Wehrvorlage wieder eingebracht werden sollte. Es konnte sich also erst dann entscheiden, wer eigentlich Sieger bleiben werde. Es unterlag wohl keinem Zweifel, daß Graf Rhuen auf Weisungen von Wien aus gehandelt hatte, und offiziöse Andeutungen zeigten, daß diese Weisungen wegen der Vorgänge in Serbien ergangen seien, die es selbstverständlich der Krone und dem Leiter der auswärtigen Politik wünschenswert machten, daß die ungarische Krise unter allen Umständen vorläufig gelöst werde. Im allgemeinen war der Eindruck ungünstig, und die Meinung ging fast ausschließlich dahin, daß die Erneuerung des Wehrgesetzes große nationale Zugeständnisse an die Ungarn bringen werde. Freilich hatte es ganz den Anschein, als ob nicht nur die Unabhängigkeitspartei, sondern überhaupt die Mehrheit des ungarischen Reichstags einen Sieg über die Krone errungen habe.

Die ungarischen Blätter versäumten auch nicht, die Sache in diesem Sinne darzustellen, und sie fanden bereitwillige Unterstützung in der liberalen deutsch-österreichischen Presse und weiterhin in allen Zeitungen, die mehr oder weniger offen in dem Kampfe der Magyaren gegen die Hoheitsrechte der Krone aus demokratischen Rücksichten Partei nahmen. Dadurch wurde die ganze Angelegenheit in eine falsche Beleuchtung gerückt, und namentlich in Österreich, wo man allerdings den Ungarn gegenüber schon so trübe Erfahrungen gemacht hatte, griff Mißstimmung gegen die Krone und Kleinmut um sich bis in die Kreise des klerikal-konservativen „Vaterlands.“ Jedenfalls hoffte man nicht mehr darauf, daß Graf Rhuen nach Erledigung der notwendigsten Verwaltungsfragen und der Einleitung der Beratungen über den Zolltarif und die Handelsverträge die nötige Energie und Rücksichtslosigkeit ausbieten werde, die Erneuerung des Wehrgesetzes ohne Schädigung der Einheit der Armee durchzusetzen. Eigentlich lag aber die Sache doch anders. Die Sache der Wehrvorlage war schon von Krieghammers Zeiten her verkehrt angefangen und verpfuscht worden. Es war überhaupt falsch, die Erhöhung des Rekrutenkontingents auf ein Jahr zu verlangen, man hätte diese Angelegenheit bis zur Einbringung des auf längere Zeit berechneten Wehrgesetzes, womit man ohnehin bis zum nächsten Jahre warten wollte, verschieben können.

Wenn man jetzt auf diesen Ausweg zurückkam, so schuf man freilich wieder eine neue Verwirrung, indem dadurch die parlamentarische Lage in Österreich erschwert wurde, wo es dem Eifer Dr. von Körbers gelungen war, die Rekrutenvorlage durchzubringen. Darum war auch der österreichische Ministerpräsident zu den militärischen Beratungen in Wien zugezogen worden. Die Zurückziehung der in Österreich schon genehmigten Rekrutenvorlage in Ungarn konnte nicht ohne Rückwirkung auf die Stellung des Ministeriums Körber wie auf die parlamentarischen Verhältnisse in Österreich bleiben. Dasselbe galt für die Stellung des Honvedministers Baron Fejervary, der ein unbedingter Vertrauensmann der Krone ist, und dessen Einfluß es allein zu danken war, daß alle ungarischen Anschläge gegen die Einheit der Armee ge-

scheitert waren. Aber gerade das war ein Grund mehr für die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses gewesen, die Bildung eines Ministeriums Tisza zu verhindern, in das Fejervary wieder mit eingeschlossen werden sollte. Sie hoffte damals noch auf bedeutende nationale Zugeständnisse, bei denen die Persönlichkeit des seitherigen Honvedministers nur hinderlich gewesen wäre. Die Mehrheit des Abgeordnetenhauses unterschied sich in der Wehrfrage nur in bezug auf die Taktik von der Opposition; diese sollte durch ihre Obstruktion nationale Zugeständnisse ertrogen, denen dann die Liberalen bereitwillig zugestimmt hätten, natürlich nicht, ohne durch ein leichtes Entgegenkommen gegenüber der Krone alles Verdienst auf sich zu ziehen. So hatte man es schon seit Jahrzehnten gemacht.

Es war doch ganz verwunderlich, wo während der Bemühungen Tiszas, ein Kabinett zu bilden, die zahlreichen Mitglieder der Regierungspartei hingekommen waren, die sich, so lange Szell am Ruder gewesen war, mit seiner Politik des passiven Widerstands gegen die Obstruktion so unzufrieden gezeigt hatten. Noch mehr mußte man sich wundern, daß von all den Größen der liberalen Regierungspartei keine einzige darüber Mitteilungen gemacht hatte, daß sie in ihren Besprechungen mit dem Monarchen auf die unbedingteste Ablehnung aller nationalen Forderungen gestoßen waren. Wochenlang schleppte sich die Ungewißheit darüber in der öffentlichen Meinung hin und wurde von der dabei interessierten Presse sorgsam gehegt und gepflegt. Man täuschte sich noch immer mit der Hoffnung auf ein Ministerium Bekerele, das allerdings ein reiches Maß von nationalen Wünschen befriedigt hätte. Alles das muß mit in Betracht gezogen werden, wenn man das allgemein abfällig beurteilte Auftreten des Grafen Rhuen richtig beurteilen will. Die Verwirrung und alle nachteiligen Folgen der früher begangnen Fehler traten zutage, aber der einzige feste Punkt in dem wilden Schwanken und Wogen, der feste Wille des Kaisers, in der Heeresfrage nicht nachzugeben, war verschwiegen geblieben.

Graf Rhuen hatte nach allem Anschein sein Ziel erreicht und durch seine Zurückziehung der Rekrutenvorlage die Obstruktion beseitigt. Der Abgeordnete Barabas erklärte am 25. Juni in einer ausdrücklich auf Verlangen der Opposition einberufenen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses, sie hätten die Sitzung beantragt, um dem König die Bitte auszusprechen, er möge die Lösung der Krisis in Budapest und nicht in Wien vornehmen und dabei nur die Ratschläge ungarischer Politiker hören. Die Kossuthpartei sei aber jetzt durch die Zurückziehung der Militärvorlage befriedigt, in Zukunft würde sie jedoch ohne nationale Zugeständnisse nichts mehr wie bisher bewilligen. Abgesehen von der echt magyarischen Überhebung, dem Monarchen Vorschriften über die Wahl seiner Ratgeber machen zu wollen, klang die Erklärung ganz friedlich, und Graf Rhuen reiste nach Wien, um dem Kaiser Meldung zu machen und sich definitiv mit der Bildung des Kabinetts betrauen zu lassen. Hineingefallen war bei der unerwarteten Wendung am meisten die große liberale Partei. Sie hatte diese Strafe redlich verdient, weil sie mit den nationalen Forderungen der Kossuthianer offen kokettiert und sie unterstützt

hatte, und zwar tat das nicht etwa bloß die Apponyigruppe, sondern der größte Teil der liberalen Partei hatte sich dessen mitschuldig gemacht. Jetzt sah man sich dem Grafen Rhuen-Hedervary gegenüber, der sich gar nicht geniert hatte, ohne die Liberalen viel zu fragen, mit der Opposition ein Übereinkommen zu treffen, und dem nach seinem Auftreten in Kroatien wohl zuzutrauen war, er werde auch mit einer Opposition in der bisherigen Regierungspartei kurzen Prozeß machen.

Als Graf Rhuen aus Wien zurückkehrte, wurde er von der liberalen Partei ungemein kühl empfangen. Um so schmerzlicher empfand sie, daß auch Baron Fejervary die Konsequenzen aus der Zurückziehung der Rekrutenvorlage gezogen hatte und nicht in das neue Ministerium eingetreten war. Jetzt auf einmal wußten sie, was sie an ihm verloren. Leider hatten sie ihn allemal im Stiche gelassen, noch das letztemal in der „Affäre Nefsi,“ bei der Fejervary für das „Gott erhalte“ und die Einheit der Armee eingetreten war, während sich bei der liberalen Partei, die es mit der „nationalen Opposition“ nicht verderben wollte, keine Hand für ihn rührte, und er weder beim Präsidenten des Abgeordnetenhauses Apponyi Schutz noch bei seinen Kollegen im Ministerium Szell Unterstützung fand. Er war ein echt Altliberaler, der ebenso energisch für alle berechtigten ungarischen Wünsche wie für die Rechte der Krone und die Gemeinsamkeit der Armee eingetreten war, und deshalb war er auch ein unerbittlicher Gegner der Unabhängigkeitspartei wie des Grafen Apponyi. In sehr gedrückter Stimmung beschlossen die drei Gruppen der liberalen Partei Ende Juni, das Kabinett Rhuen zu unterstützen. Die äußere Einigung der Partei war wohl damit wiederhergestellt, aber die innern Gegensätze blieben. In der Unabhängigkeitspartei war man durchaus nicht allgemein mit dem Vorgehn Kossuths einverstanden, ebenso die kleine Fraktion Szederkenyi, die die Obstruktion fortsetzen wollte; insolgedessen legte Kossuth die Präsidentenstelle der Unabhängigkeitspartei nieder.

Als Graf Rhuen mit seinem Ministerium am 30. Juni im Abgeordnetenhaus erschien, wurde er von der Rechten kühl, von der Linken mit Hohn und Spott empfangen. Sein Programm lief nur darauf hinaus, daß er die Politik Szells fortsetzen werde. Als er erklärte, er verzichte nur vorläufig auf die Erhöhung des Rekrutenkontingents, ging der Lärm los; man rief ihm zu, er habe sein Wort gebrochen, und die Unabhängigkeitspartei zeigte ganz deutlich, daß es ihr gar nicht einfallt, sich durch die Abmachungen Kossuths für gebunden zu erachten, und daß sie die süße Flegerei der Obstruktion weiter betreiben werde. Der Abgeordnete Barabas erklärte offen, die Partei werde weiter obstruieren, wenn Graf Rhuen nicht für den Herbst nationale Zugeständnisse verspreche, Kossuth und einige andre versicherten dagegen, sie würden ihr Wort halten und lieber aus der Partei austreten. Am 6. Juli beschloß die Unabhängigkeitspartei mit 26 gegen 20 Stimmen, sie werde bei ihrem Beschlusse, die Obstruktion einzustellen, beharren, worauf Kossuth die Präsidentschaft der Partei wieder übernahm, während Barabas die Vizepräsidentenstelle niederlegte, ohne aus der Partei auszuscheiden.

Mittlerweile zog sich im Abgeordnetenhaus die Debatte über das Pro-

gramm des Ministeriums hin, es kam wiederholt zu Lärmzügen, aber die Sache rückte nicht vorwärts. Wenn die liberale Partei gewollt hätte, konnte die Debatte bald zu Ende kommen, aber sie konnte sich für den Grafen Khuen nicht erwärmen und schien wenig dagegen zu haben, wenn ihm von der Opposition ein Bein gestellt würde. In einem Teil der von den Unabhängigen und den Anhängern des Grafen Apponyi aufgeregten Bevölkerung machte sich Unzufriedenheit wegen der Einstellung der Obstruktion geltend, auch die Sozialdemokraten versuchten, durch Demonstrationen gegen Kossuth die Obstruktion wieder zu beleben, aber alles das machte keinen besondern Eindruck. Mehr Wirkung rief die Mitteilung des neuen Honvedministers Kolosvary hervor, der im Wehrausschuß die zweijährige Dienstzeit für die neue Wehrvorlage bestimmt ankündigte. Die Obstruktion schien aber doch einschlafen zu wollen, und der Abgeordnete Barabas, der bloß auf diesem Gebiet eine Rolle zu spielen vermag, bemühte sich eifrig, sie zu beleben. Sonntag den 12. Juli suchte er in seinem Wahlkreis Großwardein durch einen Bericht vor seinen Wählern ein Vertrauensvotum zu erlangen; aber es kam zu keinem Vertrauensvotum, sondern zu einer Schlägerei, bei der Polizei und Militär eingreifen mußten, siebzehn Personen verwundet und ein Duzend verhaftet wurden. Im Abgeordnetenhaus hatte Barabas mit seinen Klagen darüber kein Glück, er ruhte aber trotzdem nicht und beschloß am 14. Juli mit vierzig Parteigenossen, die Obstruktion fortzusetzen, bis Graf Khuen bindende Versprechungen in bezug auf die nationalen militärischen Forderungen abgeben würde. Da Kossuth daraufhin abermals die Präsidentschaft der Partei niederlegte, geriet diese vollständig in die Hände von Barabas.

Man kann dieses Treiben verstehen, wenn man die in Ungarn in den weitesten Kreisen geteilte Ansicht kennt, daß man dem Kaiser Franz Joseph noch etwas abringen müsse, weil man fürchtet, daß später eine starke Regierung den magyarischen Wünschen einen mächtigen Damm entgegenstellen werde. „Der König wird alt,“ sagte Barabas, und jedermann verstand, wie er es meinte. Er wußte aber nicht, daß der Monarch nicht weiter nachgeben werde; die liberale Partei wußte es, aber sie schwieg darüber. Sie ließ den Grafen Khuen auch allein mit der Obstruktion kämpfen, und gewisse Wiener Blätter suchten das damit zu entschuldigen, daß er kein „parlamentarischer“ Minister sei, da er nicht aus der Regierungsmehrheit hervorgegangen wäre. Das war doch aber bei seinem Vorgänger Szell auch der Fall gewesen, und übrigens hätte man sich rechtzeitig dagegen verwahren müssen. Diese nachträgliche Zurückhaltung war einfach unredlich, man wollte eben Khuen nicht und hoffte, den Monarchen nötigen zu können, daß er ihn fallen lasse.

Inzwischen war Graf Khuen in Temesvar, der zweiten Stadt des Landes, mit 847 von 867 abgegebenen Stimmen wiedergewählt worden, was immerhin als Beweis dafür gelten konnte, daß die Obstruktion in Ungarn durchaus nicht allgemein gebilligt wurde. Die Wiener Blätter rieten ihm zwar eifrig, zuzutreten, aber er hatte dazu um so weniger Ursache, als er noch das Vertrauen der Krone hatte. Am 22. Juli trat der Kammerpräsident Graf Apponyi mit einer Rede auf den Plan, in der er zwar die Obstruktion verwarf, da der

mögliche Gewinn zu dem Einsatz in keinem Verhältnis stehe, auch die Opposition früher ihr Wort gegeben habe, und es nicht gut sei, die Vertrauenswürdigkeit der Nation in den Augen des Königs zu erschüttern. Aber er erklärte ganz offen: „Ich, wie auch jedes Mitglied der liberalen Partei, wünsche und verlange die Durchführung des Ungartums, des Begriffs »ungarisches Heer« im gemeinsamen Heer, und ich halte daher die Forderung, daß die ungarische Sprache bei den ungarischen Truppen im Dienste und im Kommando zur Geltung gelange, für ein Postulat, das früher oder später erfüllt werden muß.“ Damit ist nun von autoritativer Seite bestätigt worden, was man eigentlich schon längst wußte, daß nämlich Regierungspartei und Opposition in der Heeresfrage grundsätzlich übereinstimmen. Wer noch daran gezweifelt hätte, den konnte das allgemeine Ekjen, das Apponyi von allen Seiten des Hauses bei dieser Stelle seiner Rede zugerufen wurde, eines bessern überzeugen. Die rücksichtslose Offenheit des Grafen Apponyi warf aber ein helles Licht auf die ganze Lage, zeigte der Krone offen, wie es in Ungarn eigentlich stand, vermehrte aber den Kleinmut in Österreich noch, und ein Wiener Blatt, das allerdings den ungarischen Bestrebungen gern Vorschub leistet, sah in dem Grafen Apponyi schon den Nachfolger des Grafen Khuen. Leute, die besser unterrichtet waren, merkten aber in der Ferne schon das Gewitter, das plötzlich als Armeebefehl von Chlopy niederging. Doch die „wirklich unterrichteten“ Blätter verkannten wenig Tage nach Apponyis Rede vollkommen die Wichtigkeit der Tatsache, daß Graf Khuen die Vermittlungsvorschläge, durch die ein Nachlassen der Obstruktion bewirkt werden sollte, abgelehnt hatte, weil sie in der Hauptsache dahin gingen, daß die Regierung eine bindende Erklärung über die Einführung der magyarischen Kommandosprache zu einem bestimmten Zeitpunkt abgeben sollte.

Inzwischen war der Rest des Monats mit fruchtloser Obstruktion vergebend worden, und darum stellte der Ministerpräsident am 29. Juli den Antrag, die Debatte über das Regierungsprogramm abzubrechen und dafür die Indemnitätsdebatte fortzusetzen. Dem widersetzte sich die Opposition mit allen Kräften, versuchte sogar den Minister zu hindern, seinen Antrag überhaupt vorzubringen, und packte schließlich einige Bestechungsgeschichten aus. Aber diesmal unterstützte die liberale Mehrheit den Ministerpräsidenten und setzte es durch, nachdem die Opposition bis nach Mitternacht standgehalten hatte, daß eine Untersuchung über die angeblichen Bestechungsversuche eingeleitet und in der nächsten Sitzung die Indemnitätsdebatte auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte. Dieses plötzliche Eintreten der liberalen Mehrheit für den Ministerpräsidenten war auffällig, die Bestechungsgeschichten warfen eben einen neuen Stoff in die parlamentarischen Verhandlungen, der zu Lärmszenen und zur Untergrabung der Stellung des Ministeriums Khuen reichlichen Anlaß bot. Die ordentlichen Sitzungen des Hauses wurden bis 10. August ausgesetzt, damit in die „Bestechungsaffäre“ Licht gebracht werden könnte.

Sechs Wochen hatte bisher Graf Khuen-Hedervary an der Spitze der ungarischen Regierung gestanden. Die Zusage der Obstruktionspartei, wofür Baron Fejervary geopfert worden war, war ihm nicht gehalten worden. Dabei

war auch das österreichische Ministerium so sehr bloßgestellt worden, daß es seinen Rücktritt erklärte und nur durch eine besondre Vertrauenskundgebung des Monarchen im Amt erhalten werden konnte. Daß der Kaiser dabei die bestimmte Zusage gegeben hatte, er werde in der Armeefrage nicht nachgeben, blieb verschwiegen, damit die Stellung des ungarischen Ministerpräsidenten nicht noch mehr erschwert werde. Aber die Hoffnung, aus dem Budgetprovisorium in Ungarn herauszukommen, blieb unerfüllt, da das Treiben der Unabhängigkeitspartei und die laue Haltung der liberalen Partei die Arbeiten des Abgeordnetenhauses nicht vorwärts kommen ließ. Nun hatte man die Bestechungsaffäre aufgeworfen, um dem Grafen Rhuen den Rest zu geben. Es handelte sich dabei in einem Lande, wo politische Bestechungen nicht ungewöhnlich sind, um eine reine Lächerlichkeit, um einen Versuch, zu dem ein „Redakteur“ Singer und einige Stammesgenossen mit echt magyarischem Namen den dem Ministerium treu ergebenen, aber nichts weniger als politisch klugen Statthalter in Fiume, Grafen Szapary, verlockt hatten. Wer eigentlich dahinter gesteckt hatte, ist nicht herausgekommen, Graf Szapary nahm sofort seinen Abschied. Der Untersuchungsausschuß stellte die sogenannten Redakteure als mehr als zweideutige Geschäftsmacher bloß und gestand zu, daß den Grafen Rhuen nicht die geringste Schuld an dem Bestechungsversuch treffe. Aber dieser hatte es satt, gegen so gewissenlos kämpfende Gegner weiter zu fechten, und erklärte dem Abgeordnetenhaus am 10. August, er habe mit dem Gesamtministerium das Abschiedsgesuch eingereicht, nachdem er vorher beim Monarchen in Eschl gewesen war. Diese Kunde wurde von allen Parteien in Ungarn mit großer Freude aufgenommen, man schmeichelte sich wieder mit der Hoffnung, der Mißerfolg des Grafen Rhuen werde den Kaiser doch mürbe machen, und die beiden unmöglichsten Namen, Graf Apponyi und Wexerle, wurden wieder mit der größten Zuversichtlichkeit als die wahrscheinlichen Ministerpräsidenten in allen Blättern angepriesen. Man legte sich sogar die Nachricht, daß der Monarch seinen Sommeraufenthalt in Eschl unterbrechen und zur Lösung der Krise selbst nach Pest kommen werde, in diesem Sinne zurecht. Das Abgeordnetenhaus hatte sich auf unbestimmte Zeit vertagt.

Kaiser Franz Joseph kam zunächst aber nicht nach Budapest, sondern blieb in Wien, wo er vom 13. August an mit den gemeinsamen und österreichischen Ministern beriet und den Grafen Rhuen wiederholt empfing, der sich weiter des vollkommensten Vertrauens des Monarchen erfreute, was in Ungarn mit Befremden bemerkt wurde. Im Verlauf einer Woche berief der Kaiser mehr als ein Dutzend ungarische Parteiführer und „Staatsmänner“ — das sind sie ja jenseits der Leitha alle — zu Besprechungen nach Wien; sie erfuhren aber bloß, daß weitere militärische Zugeständnisse, als schon von Szell und Rhuen gemacht worden waren, nicht in Aussicht stünden, was zur Folge hatte, daß der Geburtstag des Monarchen in Budapest nur oberflächlich gefeiert wurde. Man machte auch den Versuch, den gefürchteten Thronfolger zu verdächtigen, indem man die Berufung des Grafen Johann Zichy, des Präsidenten der katholischen Volkspartei, zur Besprechung beim

Kaiser dahin auslegte, der Thronfolger sei bemüht, diesen zum Ministerpräsidenten zu machen.

Am 19. August Abends traf endlich der Kaiser in Budapest ein und wurde auf den Straßen von der Volksmenge mit den üblichen Hymnen begrüßt. Es war immerhin eine Aufmerksamkeit für die Magyaren, daß der Monarch am folgenden Tage, dem St. Stephanstage, dem größten Feiertage Ungarns, an der kirchlichen Feier teilnahm, aber die in den folgenden Tagen zu ihm berufenen Parteiführer fanden ihn sehr ernst und vor allem nicht zu militärischen Zugeständnissen geneigt. Das wirkte sehr enttäuschend, und für die ungarische Presse wurde die Lösung ausgegeben, die Krisis werde sich in die Länge ziehen. In einigen Tagen begannen die Blätter noch mehr einzuschwenken, der „Pester Lloyd“ bemerkte schon: „Die Einführung der ungarischen Kommandosprache hat keine Aussicht auf Verwirklichung,“ und „Magyar Hirlap“ schrieb: „Der Druck, den man jetzt auf Se. Majestät ausübe, sei ungesetzlich und verfassungswidrig. Wenn aber die liberale Partei in weniger peremptorischem Ton ihre nationalen Forderungen formuliere, wäre die Krone imstande, Entgegenkommen zu beweisen.“ Wie das eigentlich gemeint war, deutete das offiziöse „Wiener Fremdenblatt“ an, indem es riet, die liberale Partei müsse selbst einen verfassungsmäßigen Weg zur Lösung der Krise betreten und in der Militärfrage selbst ein Programm formulieren. Das hieß doch mit andern Worten, man müsse nachgeben. Aber so sehr auch mancher der liberalen „Staatsmänner“ nach der höchsten Macht streben mochte, noch hatte keiner den Mut, sich der chauvinistischen Strömung entgegenzustellen. Als der Monarch am 29. August nach Wien zurückkehrte, um den König von England zu empfangen, war die Krise noch ungelöst, und Rhuen blieb Ministerpräsident. Es mußten noch andre Ereignisse eintreten, die ungarischen Liberalen aus ihrem chauvinistischen Taumel aufzurütteln.

(Schluß folgt)



Der Fürstentag zu Erfurt im Jahre 1808

Von Gustav Brünner in Erfurt

(Schluß)



ach dieser Abschweifung kehren wir zu der Beschäftigung der beiden Kaiser in den späten Morgenstunden und am Nachmittag zurück. Gegen elf Uhr fuhr oder ritt Napoleon meist zum Besuch des Kaisers von Rußland und des Königs von Sachsen aus. Nachmittags bis vier oder fünf Uhr waren auf dem Felde vor dem Krämpfertore Truppenbesichtigungen. Jeden Abend gegen fünf Uhr nahmen die beiden Kaiser die Hauptmahlzeit im Statthaltereigebäude ein. Am obern Ende eines länglich runden Tisches saßen Napoleon und Alexander nebeneinander, zur rechten und zur linken Seite folgten die eingeladenen